# Riesaer Tageblatt

## und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse Riesa Nr. 32.

№ 106. Sonnabend, 7. Mai 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.


## Die englische Schuldennote.

Unterzieht man die Note der englischen Regierung an die Vereinigten Staaten von Amerika einer genauen Durchsicht, so ergibt sich eine Feststellung: Es ist nicht die Mellon-Rede allein, die London veranlaßte, diese Vorstellung in Washington zu machen. Der Inhalt der englischen Schuldennote ist zu umfangreich, die Sprache, die sie führt, zu betont, um allein aus der an und für sich doch nicht allzu wichtigen Mellon-Erklärung ihre Untergründe schöpfen zu können. Die Note wehrt sich zwar gegen die Behauptung des amerikanischen Schatzsekretärs, daß England auf Grund der Verquickung des Dawes-Plans mit der englischen Schuldentilgung jetzt überhaupt nicht mehr durch seine Zahlungen an seinen amerikanischen Gläubiger belastet würde. Es ist auch richtig, daß der ganze übrige Inhalt der britischen Note an diese Zurückweisung der amerikanischen Feststellungen anknüpft. Aber in der englischen Note sind immerhin Sätze enthalten, die mit diesem Sondervorfall nicht das Geringste zu tun haben, aber Forderungen aufstellen, die an Bedeutung bei weitem die Mellon-Erklärung übertreffen. So der Schlußsatz der Note: „England fordert nicht nur eine sachliche Berichtigung der irreführenden Mitteilung des amerikanischen Schatzsekretärs, sondern auch eine Behandlung der Schuldenfrage im Geiste jener freundschaftlichen Verständigung zwischen den beiden großen englisch-sprechenden Nation, von deren politischer Zusammenarbeit die wichtigste Frage des Friedens und des Fortschrittes der Welt abhängt." Dem objektiven Leser dieses Schlußsatzes wird es nicht schwer fallen festzustellen, daß das größere Gewicht der Forderung auf dem zweiten Passus dieses Satzes liegt. Diese Forderung greift jedoch tief in das ganze System der bisher fixierten Schuldentilgungs-Abkommen ein. Sie will etwas Neues, eine Revision „im Geiste freundschaftlicher Verständigung". Dies könnte immerhin zu der Vermutung führen, daß der eigentliche Zweck der Note weniger in einer Korrektur der Mellon-Rede zu suchen ist, als mehr in dem Wunsch der englischen Regierung nach einer größeren Aktion gegen das zur Zeit geltende Schuldentilgungs-System überhaupt. Man hat hierbei zu beachten, daß die britische Regierung schon in den ersten Jahren nach Kriegsende stets, wenn auch nicht für eine restlose allgemeine Streichung der Schuldenhinterlassenschaft des Weltkrieges, so doch für eine vernünftige Verbindung der von Deutschland zu zahlenden Reparationen mit der übrigen internationalen Schuldentilgung eintrat. Da es den englischen Bemühungen auf Grund der Sonderaktionen Poincarés nicht gelang, eine Einheitsfront der Schuldner Amerikas auf dieser Basis herzustellen, so fügte sich London mehr oder weniger dem Zwang der Lage, wenn es sich schließlich doch dazu entschloß, einen selbständigen Schuldenvertrag mit der amerikanischen Regierung abzuschließen. Schon aus ganz bestimmten Formulierungen dieses Paktes geht jedoch mit hinreichender Deutlichkeit hervor, daß London niemals dieses Abkommen als etwas endgültig Abgeschlossenes betrachtete. Gewisse Rückversicherungsklauseln verpflichteten die amerikanische Regierung, bei ihren weiteren Schuldenabkommen mit anderen Nationen diese Nationen nicht günstiger zu behandeln, als es der englisch-amerikanische Pakt vorsieht. Ferner versuchte sich London insofern zu sichern, als es festlegte, daß es von seinen eigenen Schuldnern nur soviel verlangen wolle, als es selbst an Washington zu zahlen habe. Im Laufe der letzten Jahre sind gerade diese Abmachungen zu wiederholten Malen durchbrochen worden. So hat Washington Frankreich und insbesondere Italien in den später abgeschlossenen Schuldenabkommen entschieden günstiger behandelt als England. Auch der indirekte Sicherungsversuch Londons konnte der Praxis gegenüber sich nicht immer bewähren. Die Vermutung liegt also nahe, daß die letzte englische Schuldennote mehr aus der englischen Erkenntnis der Unerträglichkeit des bestehenden Abkommens mit Amerika zu suchen ist, als in dem Wortlaut der Mellon-Erklärung.

Inzwischen ist die Antwort-Note Washingtons auf die letzte englische Demarche hin erfolgt. Sie ist eine kategorische Ablehnung der englischen Forderungen. In ihr werden nicht nur die Behauptungen Mellons vollinhaltlich aufrechterhalten, auch der indirekte Versuch Londons, die Schuldenfrage neu aufzurollen, wird als unzweckmäßig zurückgewiesen: „Die britische Regierung ist Gläubiger und Schuldner zugleich. Die amerikanische Regierung aber ist nur Gläubiger, und jeder Dollar, der an den amerikanischen Schuldenforderungen gestrichen wird, bedeutet eine entsprechende Steigerung der Kriegslasten, die der amerikanische Steuerzahler zu tragen hat." Das ist eine kipp und klare Erklärung Amerikas, daß es sich niemals dazu bereit finden wird, Streichungen an seinen Forderungen den europäischen Nationen gegenüber vorzunehmen. Man darf gespannt sein, wie London diesen Washingtoner Schlag parieren wird.

### Der Waffenstillstand in Nicaragua.

**Washington.** (Funkspruch). Das Staatsdepartement gab den Abschluß des Waffenstillstandes zwischen den Liberalen und den Konservativen Nicaraguas bekannt, ohne Einzelheiten darüber mitzuteilen, die Stimson den Vertreter Sacasas zu der vorläufigen Annahme von Bedingungen veranlaßte, die Diaz bereits lange vorher angeboten hatte. Stimson machte dem Staatsdepartement Mitteilung, daß amerikanische Truppen zwischen den Armeen der beiden Parteien blieben, um ihre Waffen in Empfang zu nehmen.

## Ankunft des Reichspräsidenten in Oldenburg.

**Oldenburg.** (Funkspruch.) Im Staatsministerium erfolgte heute vormittag nach Eintreffen des Reichspräsidenten die Vorstellung der leitenden Beamten. Vor dem Gebäude hatten Schulkinder Aufstellung genommen, die Lieder zum Vortrag brachten. Der Reichspräsident dankte in kurzen Worten, in denen er die Jugend im Anschluß an das Lied „Ich hab mich ergeben" zum Dienste am Vaterlande mahnte, sodann begann der Reichspräsident eine Rundfahrt durch die Stadt und nähere Umgebung.

**Oldenburg.** (Funkspruch.) Zu Ehren des heute und morgen hier weilenden Reichspräsidenten von Hindenburg prangt die Stadt in Flaggen- und Girlandenschmuck. Der Reichspräsident, der bereits am frühen Morgen in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Meißner und des Majors von Hindenburg eingetroffen war, wurde um 9 Uhr auf dem Bahnsteig vom oldenburgischen Ministerpräsidenten von Finckh und Oberbürgermeister Dr. Goerlitz sowie den Chefs der Reichsbehörden begrüßt und nach dem Platz vor dem Bahnhof geleitet, wo eine Ehrenkompagnie Aufstellung genommen hatte, die der Reichspräsident abschritt. Alsdann trat der Reichspräsident im Viererzuge die Fahrt nach dem Staatsministerium an. Auf den Straßen bildeten die Vereine und Schulen Spalier.

**Oldenburg.** (Funkspruch.) Heute mittag erfolgte die Begrüßung des Reichspräsidenten im Rathaus durch den Oberbürgermeister, Magistrat und Stadtrat. Der Oberbürgermeister gab in seiner Ansprache der Hoffnung Ausdruck, daß es dem Reichspräsidenten noch vergönnt sein möge, den Wiederaufstieg des deutschen Vaterlandes mit eigenen Augen zu schauen. Der Reichspräsident betonte in seiner Erwiderungsansprache, daß er sich als Ehrenbürger Oldenburgs stets mit der Stadt verbunden gefühlt habe.

Anschließend fand in der Wohnung des Ministerpräsidenten von Finckh ein Frühstück statt.

## Von den Wirtschaftsberatungen in Genf.

**Genf.** Die wirksamste Darstellung der Wirtschaftsverhältnisse in Europa gab gestern der bekannte englische Volkswirtschaftler Layton, Herausgeber der Zeitschrift Economist, der mit seinen Ausführungen nachzuweisen versuchte, daß das bei der Brüsseler Finanzkonferenz und der Genfer Wirtschaftskonferenz geprägte Schlagwort „Zurück zu den Währungs- und Wirtschaftsverhältnissen der Vorkriegszeit" in vieler Hinsicht eine nicht zu verwirklichende Utopie sei. Die Beibehaltung dieser Formel als Wirtschaftsprinzip für die jetzige Konferenz würde eine vollkommen falsche Vorstellung der Probleme beweisen, vor denen die Welt steht. Für diese Auffassung führte Layton vier Hauptgründe an. Erstens: die neue Verteilung der Produktionstätigkeit der Welt ist nicht etwa eine Folge des Weltkrieges, sondern einer Entwicklung, die sich bereits seit 20 oder 30 Jahren erkennen ließ, und die durch den Krieg nur beschleunigt wurde. Zweitens: das Auftreten der Vereinigten Staaten als eines der wichtigsten Geldgeber der Welt, wodurch zahlreiche Staaten in Europa ihre Industrietätigkeit wieder ausbauen konnten, und wodurch in anderen Kontinenten trotz der verringerten Kapitalausfuhr Englands die industrielle Entwicklung gefördert wurde. Angesichts des Umstandes, daß die Vereinigten Staaten bereits heute einen Ausfuhrüberschuß haben und mindestens in bezug auf Europa Maßnahmen zum Ausschluß der Erzeugnisse jener Länder treffen, deren industrielle Entwicklung und Wiederaufbau gerade durch amerikanisches Kapital sichergestellt wurde, fordert Layton die amerikanische Delegation auf, der Konferenz einige Angaben über die Rolle zu machen, die nach ihrer Ansicht Amerika in den nächsten zehn Jahren im Welthandel spielen wird. Die europäischen Regierungen müssen klugerweise ihre Politik auf der Hypothese aufbauen, daß Amerika auch weiterhin freigebig seine Gelder vorschießt, aber nichts in Europa kaufen wird. Drittens: eine fast ebenso wichtige Aenderung ist in der Bevölkerungsbewegung und in der Verteilung der Bevölkerung unter die verschiedenen Länder zu sehen. Diese Aenderung läßt sich besonders in dem starken Rückgang der europäischen Auswanderung nach anderen Kontinenten erkennen. Als vierten Grund, der nicht außer Acht gelassen werden dürfe, führt Layton die Umschichtung in den Handelsbeziehungen der an der Reparationsregelung und an den Kriegsschulden interessierten Länder an. Die Schuldnerstaaten müssen ihre Ausfuhr entwickeln, damit sie einen Ueberblick über ihre unentbehrliche Einfuhr erzielen, während die Gläubigerstaaten eine entgegengesetzte Regelung wollen. Die definitive Gestaltung des Welthandels, wie sie durch die Schuldentilgung nötig wird, muß erst noch gefunden werden.

Nach dem englischen Volkswirtschaftler Layton sprach der frühere österreichische Handelsminister Heindl, der unter Verurteilung aller prohibitiven Zölle und des wirtschaftlichen Separatismus erklärte, daß gerade die kleineren Staaten unter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise am schlimmsten zu leiden haben.

Vor Schluß der Sitzung, in der noch Vertreter Brasiliens, Kanadas und Dänemarks sprachen, teilte der Präsident mit, daß die allgemeine Aussprache heute Sonnabend geschlossen werden soll.

*

### Die christlich-sozialen Gewerkschaften und die Weltwirtschafts-Konferenz.

**Genf.** Die an der Weltwirtschafts-Konferenz als Sachverständige teilnehmenden Vertreter des internationalen Bundes der christlich-sozialen Gewerkschaften veröffentlichen eine Erklärung, in der sie zu den Zielen der Weltwirtschaftskonferenz Stellung nehmen: Beseitigung der künstlichen Schranken gegen den internationalen Warenaustausch und Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Leitung der nationalen und internationalen Kartelle fordern. Ausfuhrabgaben und Ausfuhrverbote für landwirtschaftliche Erzeugnisse werden verworfen, während Agrarzölle auf keinen Fall so gestaltet sein sollen, daß sie eine gesunde Konkurrenz und den Fortschritt der Landwirtschaft hemmen. Gefordert werden ferner Zusammenwirken der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und internationale Durchführung der von den internationalen Arbeitskonferenzen angenommenen Uebereinkommen.

### Einberufung der Völkerbundsversammlung zum 5. September.

**Genf.** Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat in seiner Eigenschaft als Präsident des Völkerbundsrates die 8. ordentliche Völkerbundsversammlung auf den 5. September einberufen. Die Tagesordnung umfaßt 25 Punkte und enthält außer der Neuwahl der ausscheidenden nichtständigen drei Ratsmitglieder (Tschechoslowakei, Salvador und Belgien) eine von England im vorigen Jahre angeregte grundsätzliche Aussprache darüber, welche Fragen in das Tätigkeitsgebiet des Völkerbundes gehören sollen und welche nicht.

### Konflikt um die Arbeitslosenversicherung.

**vdz. Berlin.** Dem Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags war eine Eingabe von Angestellten mit zahlreichen Unterschriften, darunter auch denen der im deutschnationalen Handlungsgehilfenverband tätigen Abgeordneten Lambach (Dn.) und Thiel (DVP.) zugegangen, in der die Zulassung von freiwilligen Ersatzkassen der Angestellten-Organisationen für die Arbeitslosenversicherung verlangt wurde. Die Sozialdemokraten beantragten, solche Ersatzkassen auszuschließen. Innerhalb der Regierungsparteien war man sich über diese Frage noch nicht einig, infolgedessen mußte die Ausschuß-Sitzung unterbrochen werden, und es fand eine interfraktionelle Besprechung statt. Das Resultat war, daß in der am Nachmittag fortgesetzten Ausschußberatung die Regierungsparteien sich der Stimme enthielten, so daß der sozialdemokratische Antrag angenommen wurde. Damit ist einstweilen die Zulassung von Ersatzkassen für die Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen. Eine endgültige Entscheidung ist jedoch erst in der zweiten Lesung im Ausschuß zu erwarten, nachdem die Fraktionen zu dieser Tagung Stellung genommen haben.

Die Organisation der Arbeitslosen-Versicherung wurde sodann in der Form eines vom Reichsarbeitsministerium bearbeiteten und vom Abg. Esser (Dem.) eingebrachten Antrages angenommen: Träger der Versicherung und der Arbeitsvermittlung einschließlich der Berufsberatung ist danach eine selbständige Körperschaft öffentlichen Rechts, die Reichsanstalt mit ihren Untergliederungen, den Landesarbeitsämtern und den Arbeitsämtern. Ihre Organe sind die Verwaltungsausschüsse der Arbeits- und Landesarbeitsämter, sowie der Verwaltungsrat und der Vorstand der Reichsanstalt. In allen diesen Organen sind auch Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Beamte der Gemeinden und Länder vertreten.

Heute Sonnabend wird die Beratung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes fortgesetzt.

## Vor neuen Ereignissen in China.

### Tschangtsolin nähert sich Hankau.

**Berlin.** Nach einer Meldung der D. A. Z. aus Schanghai hat Tschangtschungtschang Anking, die Hauptstadt von Anhui, eingenommen und Tschangtsolin steht nahe vor Hankau. Die Regierung von Hankau soll sich wegen Mangel an Geldmitteln nicht mehr lange halten können. Auch der Sturz der Nanking-Regierung soll bevorstehen. General Tschiangkaischek, der Oberbefehlshaber der nationalistischen Truppen, hat Sunschuanglang ein Bündnis vorgeschlagen und ihm die Führung der am nördlichen Ufer des Yangtse stehenden neuen Divisionen angeboten. Es ist aber nicht sehr wahrscheinlich, daß Sunschuanglang auf diesen Vorschlag eingehen wird, da er es vorzieht, das Gebiet südlich von Nanking einschließlich Schanghais zu kontrollieren.